

Schulze Föcking für mehr Spielraum bei GAP-Umsetzung - Flickenteppich verhindern

Vor einem Flickenteppich in der künftigen Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) warnt Nordrhein-Westfalens Landwirtschaftsministerin Christina Schulze Föcking. Im Interview mit AGRA-EUROPE reklamiert die CDU-Politikerin zugleich hinreichend Gestaltungsspielraum für die Länder, ihre agrarpolitischen Ansätze zu verfolgen. Schulze Föcking ist zuversichtlich, die notwendige Balance bei der anstehenden Sonderagrarkonferenz hinzubekommen. Sie bekennt sich zu einer starken Ersten Säule, will aber eine gerechtere Verteilung der Direktzahlungen. Kostenvorteilen großer Betriebe müsse Rechnung getragen werden, etwa über eine weitere Umverteilung in der Ersten Säule.

Länderberichte 1

DBV warnt vor Afrikanischer Schweinepest - Intensivere Wildschweinbejagung gefordert

Der Deutsche Bauernverband hat ein ganzes Paket von Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) vorgestellt. „Wir fordern ein bundeseinheitliches Vorgehen in der Seuchenprävention“, betonte DBV-Vizepräsident Werner Schwarz. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Reduzierung des Schwarzwildbestandes, wobei sich der DBV dafür ausspricht, bundesweit bis zu 70 % der Wildschweine zu bejagen. Dafür müssten auch Schon- und Ruhezeiten sowie anderweitige Einschränkungen der Jagd ausgesetzt werden. In mehreren Bundesländern wurden zuletzt verstärkte Präventionsmaßnahmen diskutiert oder konkrete Maßnahmen umgesetzt.

Länderberichte 35

Oettinger für Kürzungen im Agrarhaushalt - Mitgliedstaaten sollen Brexitlücke stopfen

Für Kürzungen im EU-Agrarhaushalt hat sich Haushaltskommissar Günther Oettinger ausgesprochen. Dies sei nötig, um die drohende Finanzlücke im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nach 2020 von jährlich bis zu 13 Mrd Euro auszugleichen. Die Gründe hierfür lägen vor allem im anstehenden Brexit sowie in den neuen Aufgaben der EU. Neben Einsparungen fordert Oettinger eine stärkere Beteiligung der Mitgliedstaaten. Er plädiert für eine Anhebung der Beiträge von 1,0 % des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf „1,1X %“. Unterstützung erhielt der Deutsche von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Kritik an Einsparungen im Agrarhaushalt äußerte der EU-Abgeordnete Dr. Peter Jahr.

EU-Nachrichten 1

GroKo will mehr Geld für die Landwirtschaft

Mehr Geld für Landwirtschaft und ländliche Räume, ein Bekenntnis zu einer finanziell starken EU-Agrarpolitik und ihrer bisherigen Förderstruktur, der Aufbau eines mehrstufigen staatlichen Tierwohllabels sowie die Erarbeitung und Umsetzung einer Ackerbaustrategie - das sind aus landwirtschaftlicher Sicht die Kernpunkte des Sondierungspapiers, auf das sich CDU, CSU und SPD am vergangenen Freitag geeinigt haben. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt zeigte sich nach dem Verhandlungsmarathon zufrieden: „Wir haben ein gutes Ergebnis für die Landwirtschaft erzielt, auf dem wir in den Koalitionsverhandlungen aufbauen werden“, erklärte der CSU-Politiker. Man habe sich darauf verständigt, Anreize für Investitionen in die Zukunft der Landwirtschaft zu schaffen. Das Tierwohl stehe dabei für ihn „weit oben auf der Agenda“. Ein beträchtlicher Teil der für die kommenden vier Jahre zugesagten zusätzlichen 1,5 Mrd Euro werde in diesen Bereich fließen. Positiv fiel auch das Fazit der SPD aus. Die Bundestagsabgeordnete Rita Hagl-Kehl verwies auf die Handschrift ihrer Partei, die sich in dem Ergebnis niederschläge. Sie nannte ein angestrebtes Verbot der Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln, ein Verbot des Gentechnikbaus sowie die Einführung eines staatlichen und verbindlichen Tierwohllabels. Der Deutsche Bauernverband und der Deutsche Raiffeisenverband begrüßten die europapolitischen Aussagen der möglichen künftigen Koalitionspartner. Sie bemängelten zugleich, dass die agrarpolitischen Vereinbarungen vage seien.

Länderberichte 41